№ 611
A 258

Morgen-Ausgabe

Berlin Vossische Zeitung

Gegründet 1704

Freitag, 28. Dezember 1923

200 Milliarden

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1,50 Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 6,50 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur: Anton d. Handelsteil: Carl Mich. Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 5900—5963. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 2856—2935. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

England und das deutsche Memorandum.

Vorläufig Zurückhaltung.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

who **London**, 27. Dezember.

Die englische Regierung lehnt es ab, zu dem Inhalt des deutschen Memorandums über die Verwaltung von Ruhr- und Rheinland Stellung zu nehmen. Die gegenwärtige Regierung möchte vermeiden, durch eine entschiedene Stellungnahme vorzeitig die politische Handlungsfreiheit der kommenden Regierung in Frage zu stellen. Sie ist ferner der Auffassung, daß im gegenwärtigen Stadium der deutsch-französischen Verhandlungen jede Stellungnahme von dritter Seite nur geeignet sein würde, die Verständigungsaussichten zu vermindern.

Diese Zurückhaltung in der Stellungnahme der Regierung findet keineswegs den Beifall der zukünftigen Regierungsparteien. Die liberale Partei bedauert es lebhaft, daß England durch die schwache parlamentarische Stellung seiner gegenwärtigen Regierung nicht in der Lage ist, aktiv in die Pariser Verhandlungen einzugreifen, um bei der Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland nachdrücklich die Interessen der englischen Wirtschaft wahrnehmen zu können.

Führende Persönlichkeiten der Arbeiterpartei vertreten dagegen die Auffassung, daß ein Ergebnis der deutsch-französischen Verhandlungen nur die Einleitung zu einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage durch die Sachverständigenausschüsse bilden wird. Diese Gesamtregelung, die zweifellos auf Grund einer internationalen Anleihe für Deutschland und einer internationalen Aufsicht über die Reichsfinanzen zustande kommen wird, wird nur dann von Frankreich genehmigt werden, wenn die übrigen Mächte bereit wären, Frankreich im Besitz seiner Garantien im Ruhr- und Rheinland ausdrücklich zu bestätigen. Wenn die Verhandlungen dieses Stadium erreicht hätten, sei es die Aufgabe der englischen Arbeiterpartei, dafür zu sorgen, daß die von Deutschland geforderten Garantien in erster Linie im Interesse der deutschen Arbeiterschaft seien. Die englische Arbeiterschaft müsse, wenn sie zur Regierung gelangen sollte, einer Diktatur des Bürgertums zum Schaden der Arbeiterschaft in Westdeutschland entgegentreten.

Es ist interessant zu beobachten, daß diese Interventionsabsichten der englischen Arbeiterpartei nicht nur durch Hilferufe aus den Kreisen der deutschen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, sondern auch durch die Einwirkung hiesiger Vertrauensleute gewisser schwerindustrieller Kreise in Deutschland tatkräftig gefördert werden.

Französische Politiker und Journalisten verfolgen, wie ich erfahre, diese Bestrebung, England zu einem möglichst baldigen Eingreifen in die deutsch-französischen Verhandlungen zu veranlassen, mit lebhaftem Bedauern. Die hiesigen Vertreter der französischen nationalistischen Presse dürften bald das Zeichen geben zu einem Feldzug gegen die Ehrlichkeit des deutschen Verhandlungswillens.

Die Anwesenheit von Tom Shaw in Berlin, der von den Gegnern Frankreichs in der Arbeiterschaft als Außenminister kandidierte, dürfte zweifellos die Ausregung erfahren, daß man auf deutscher Seite bemüht ist, eine englische Arbeiterregierung von vornherein auf eine antifranzösische Politik festzulegen.

Macdonald auch Außenminister?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

who **London**, 27. Dezember.

Ramsay Macdonald wird wahrscheinlich genötigt sein, neben der Ministerpräsidentschaft das Amt eines Außenministers zu nehmen, weil die Mehrheit seiner Partei sich weder für Shaw, den „Deutschenfreund", noch Thomas, dem „Fürsprecher der Entente", oder gar für den Berufsdiplomaten Ponsonby wird entscheiden können. Jeder der Kandidaten hat einen Teil der Partei hinter sich, aber keiner besitzt die Stellung des überragenden außenpolitischen Vertrauensmannes der ganzen Fraktion.

Nollets Pariser Weihnachtsreise.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 27. Dezember.

Die Pariser Abendblätter berichten, General Nollet habe heute abend die Rückreise von Paris nach Berlin angetreten. Der „Temps" veröffentlicht diese Nachricht unter der Ueberschrift „Die Militärkontrolle in Deutschland". Nach Information von amtlicher Seite hatte diese Pariser Reise des Generals nichts mit der Kontrollfrage zu tun. Nollet ist, wie versichert wird, privat hierher gekommen, um Hier die Weihnachtszeit zu verleben.

Frankreichs Bündnis mit der Tschechei.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 27. Dezember.

Der tschechoslowakische Minister des Aeußern Dr. Benesch hat heute nachmittag die Rückreise nach Prag angetreten. Die Verhandlungen, die Benesch in tiefstem Geheimnis mit der französischen Regierung führte, sind fast abgeschlossen. Die Vereinbarungen, über welche eine Verständigung erzielt wurde, sind in einem Vertragsentwurf niedergelegt, dessen Unterzeichnung nach Versicherung der Pariser Abendblätter nahe ist.

Der „Temps" bringt im Leitartikel die französisch-tschechoslowakische Verständigung unter dem Titel: „Das Bündnis von Paris und Prag". Das Blatt führt aus, Dr. Benesch habe Paris heute nachmittag nach wichtigen Verhandlungen mit Millerand und Poincaré verlassen. Benesch habe die Absicht, Mitte Januar nach Paris zurückzukehren. Dann würden die vereinbarten Abmachungen amtlichen Charakter annehmen, nachdem Präsident Masaryk und das Prager Parlament sie genehmigt haben.

Diese Abmachungen würden jedenfalls schriftliche Form und die Bezeichnung „Vertrag" erhalten. Aber es werde sich um einen „Vertrag von neuer Art" handeln. Seine Klauseln stellten den Ausdruck „einer ganzen Psychologie der europäischen Politik" dar. Der Vertrag werde keine geheimen Bestimmungen enthalten, er werde am Tage der Unterzeichnung in Paris und Prag veröffentlicht und natürlich durch den Völkerbund registriert werden. Der „Temps" fährt fort:

Frankreich und die Tschechoslowakei erstreben durch diesen Vertrag zunächst die Erhaltung der neuen Ordnung von Europa, wie sie durch die Friedensverträge festgesetzt worden ist. Weiter trage das Abkommen den Charakter eines Defensivbündnisses nach Art der „regionalen Ententen" die durch Artikel 21 der Völkerbundakte erlaubt sind. Frankreich und die Tschechoslowakei verpflichteten sich drittens, die Achtung aller internationalen Abmachungen, deren höchste die Existenz des Völkerbundes ist, zu sichern. Sie vereinbarten endlich, daß sie gemeinsam am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitwirken wollen.

Dem „Temps" zufolge verpflichteten sich Frankreich und die Tschechoslowakei im einzelnen, die Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie in Deutschland zu verhindern. Sie sind einig darüber, daß die „Unabhängigkeit" Oesterreichs dem Artikel 88 des Vertrags von St. Germain entsprechend aufrechterhalten werden muß, solange der Völkerbund nicht einer Aenderung zugestimmt hat. Ungarn gegenüber werden Frankreich und die Tschechoslowakei darauf bestehen, daß die Zusagen der ungarischen Regierung von 1921 in der Habsburger Frage gehalten werden.

Der „Temps" betont, daß der französisch-tschechische Vertrag in keiner Weise die Politik der anderen verbündeten Mächte störe und insbesondere mit dem italienisch-slowakischen Vertrag vom Februar 1921 „durchaus im Einklang" stehe. Es sei sogar möglich, daß der neue Vertrag einen freundschaftlichen Hinweis auf den Vertrag von 1921 enthalten werde.

Der „Temps" hebt hervor, daß auch von einer geheimen Militärkonvention zwischen den beiden Ländern nicht die Rede sei, daß die beiden Generalstäbe nur, wie bisher schon, in Fühlung bleiben werden. Frankreich und die Tschechoslowakei verpflichten sich durch den Vertrag, etwaige Streitfragen, die sie nicht auf diplomatischem Wege regeln können, einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Verkehrserleichterungen am Rhein.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

hb **Köln**, 27. Dezember.

Wie verlautet, hat die Rheinlandkommission beschlossen, Verkehrserleichterungen für die im besetzten Gebiete wohnende Bevölkerung dadurch zu schaffen, daß für die Ausreise vom besetzten ins unbesetzte Gebiet und umgekehrt nur noch die Ausweiskarte notwendig ist. Verkehrserleichterungen für die im unbesetzten Gebiet wohnende Bevölkerung sollen hingegen nicht vorgesehen sein, vielmehr die bisherigen Bestimmungen (Einreiseschein usw.) in Kraft bleiben.

Außenpolitische Ausblicke.

Moskaus Anerkennung. / Gegenströmungen in Washington und London. / Venizelos' Rückkehr. / Der Botschafter für Paris.

Neben den vielen kleineren Ereignissen auf dem Welttheater nimmt wieder einmal das Kapitel „Sowjet-Rußland" den Platz im Vordergrunde ein. Die Frage einer formellen Anerkennung der Moskauer Regierung ist ins Rollen gekommen, hauptsächlich dadurch, daß Mussolini sich — in auffälligem Wandel seiner noch vor wenigen Monaten getätigten Gesinnung — am 30. November öffentlich dafür ausgesprochen und ein Mitglied seines Kabinetts, Di Cesaro, als Botschafter für Moskau in Aussicht genommen hat. Die Aenderung der Parlamentsmajorität in England läßt von dort eine baldige Regelung der Frage im russischen Sinne erwarten und die übrigen Großmächte wollen sich offenbar von Downing-Street dabei nicht den Rang ablaufen lassen. Das bekundet die französische Presse ganz offen und die Botschaft Coolidges vom 6. Dezember schien gleichfalls einen Stimmungsumschwung in dieser Frage in Washington anzudeuten.

Aber gerade dort ist ein Zwischenfall eingetreten, der für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht eben günstig scheint. Das amerikanische Justizministerium hat eine Reihe von Schriftstücken veröffentlicht, durch die der Zusammenhang zwischen kommunistischen Verschwörungen in Amerika und den Moskauer Regierungskreisen bargelegt werden sollen. Tschitscherin erklärt diese Schriftstücke zwar für Fälschungen und erbietet sich zur Annahme eines Schiedsgerichts, das die Vorgänge und Dokumente nachprüfen soll, stößt aber für diesen Vorschlag nicht auf die erforderliche amerikanische Zustimmung, weil man dort Beweismaterial genug habe.

*

Aehnlich ungeschickt kommt den Moskauer Bestrebungen auf allgemeine Anerkennungen die Zuspitzung des englisch-afghanischen Konflikts in die Quere. Die Engländer haben inzwischen den Kaiberpaß und die anderen südlichen Ausgänge Afghanistans gesperrt, um durch eine Art von Handelsblockade die Unterwerfung des Emirs unter das Ultimatum zu erlangen, das u. a. Aufgabe der Beziehungen zu Moskau fordert, und mehr einer Machtfrage als dem praktischen Bedürfnis nach Bestrafung einiger Eingeborenen für die Ermordung von Engländern zu dienen scheint. Es wird denn auch auf englischer Seite ganz offen ausgesprochen, daß nicht die erfolgreichen Emanzipationsbestrebungen des energischen und aufgeklärten Emirs Amanullah Khan, sondern die bolschewistische Agitation den Stein des Anstoßes bilde, die auf dem Wege über Kabul Indien bedrohe. Ueberdies wird in London von der Ansammlung großer Truppenmengen in Turkestan berichtet, die zur Unterstützung Afghanistans in einem etwaigen kriegerischen Konflikt mit England dienen könnten. In Moskau wird eine solche Vorbereitung entschieden bestritten, dagegen die Bildung einer regionalen Miliz in Turkestan zugegeben. Kabul ist immerhin lange Zeit hindurch Stützpunkt der bolschewistischen Propaganda gewesen, die in Surist, Karahan, Nasslolikow usw. gewiegte Orientkenner zur Verfügung hat. Es liegt also ganz danach aus, als ob die englische Politik, die sehr gerne den Sack schlägt, wenn sie den Esel meint, in Afghanistan eine Kraftprobe machen wollte, um vor einer etwaigen Verständigung mit Moskau das Vorfeld der englischen Interessen im Orient von bolschewistischen Einflüssen zu reinigen.

*

In Griechenland geht die antimonarchistische Bewegung weiter. Nach der Abreise des Königspaares hat der Ministerrat beschlossen, Venizelos bedingungslos um seine Rückkehr nach Athen zu bitten. Und Venizelos hat diese Einladung mit dem Vorbehalt angenommen, daß er sich nur vorübergehend mit den Staatsgeschäften befassen wolle. Aber man wird diese Selbstbeschränkung wohl nicht höher bewerten müssen, wie die Aburteilung der Vertreibung des Königspaares seitens der Republikaner, die der Liberalenführer Venizelos zu mäßigen für nötig befand. Die Rückkehr Venizelos', die auf kommenden Mittwoch angesetzt ist, wird Gelegenheit zu großen Festlichkeiten geben und es wird angenommen, daß die Offiziere eine Volksbefragung durchsetzen werden, die mit der Preisgabe der Monarchie und der Wahl Venizelos' zum Präsidenten der hellenischen Republik enden dürfte.

*

In Mexiko hat die Regierung Obregon neuerdings militärische Erfolge erzielt und die wichtige Stadt Puebla den Aufständischen entrissen. Damit ist eine unmittelbare Bedrohung der Hauptstadt beseitigt und der direkte Verkehr nach dem Hafen Vera Cruz wieder hergestellt. Auch die Petroleumquellen befinden sich wieder in der Hand der Regierung und es sieht so aus, als ob die Umsturzbewegung de la Huerta ihrem Ende entgegengehe.